

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/98

25. Mai 1974

Die europäische Wende

Neue Horizonte tun sich auf

Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Über die Un-Politik

Zum Standort der Unions-Parteien

Von Wolfgang Jansen

Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

Umweltschutz auch für die Nordsee

Abwehr-Maßnahmen der Anrainerstaaten

Seite 5 / 47 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und

Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 8-10
Postfach: 8153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telex: 538 846/535 847
530045 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die europäische Wende

Neue Horizonte tun sich auf

Es mag Sache zukünftiger Historiker sein, den Motiven nachzuspüren, die den Nachfolger de Gaulles, den französischen Staatspräsidenten Pompidou bewogen haben, das von seinem großen Vorgänger ausgesprochene Nein zum Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in ein positives Ja zu verwandeln. Die entscheidende Hürde ist nun überwunden, nur dies zählt. Durch das nichtkommunistische Europa geht ein Aufatmen. Es sieht neue Horizonte auftauchen. Die Tür für England und andere beitrittswillige Staaten ist nun offen, es geht nicht mehr darum, ob es eintreten darf, sondern darum, ob der politische Wille, der sich bei der Begegnung zwischen Pompidou und dem britischen Premierminister Heath eindrucksvoll bekundete, über alle Hindernisse hinweg als kräftig genug erweisen wird.

Das britische Volk steht vor inneren Auseinandersetzungen, deren Größe und Heftigkeit kaum eine Parallele in der Geschichte Großbritanniens findet. Noch ist, wenn man den Meinungsbefragungen Glauben schenken darf, eine große Mehrheit dagegen, das Schicksal ihres Landes an das des benachbarten Kontinents zu binden. Befürworter für und gegen einen Beitritt befinden sich in beiden großen Parteien, und alle führen gewichtige Gründe für ihr Verhalten an. Die einen setzen auf die europäische Karte, die anderen sehen in einem Aufgehen Großbritanniens in Europa den Verlust der britischen Sonderstellung und einen Verrat an der britischen Geschichte. Aber wird eine solche Betrachtungsweise überhaupt den geschichtlichen Gegebenheiten des letzten Drittels unseres Jahrhunderts gerecht? Auch für Großbritannien gilt die Erkenntnis, daß in einer Welt, in der zwei Supermächte dominieren und versuchen, miteinander trotz aller ideologischen Barrieren zu einem Ausgleich zu kommen, dieses Europa als eigenständige Kraft sich nur entwickeln und behaupten kann, wenn es das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und Solidarität entwickelt und daraus entsprechende Folgerungen ableitet.

Nun ist ein verheißungsvoller Anfang in der vorletzten Pfingstwoche dieses Jahres mit der französischen Zustimmung zum

Beitritt Großbritanniens gemacht worden. Es war eine geschichtliche Stunde für Europa. Sie fand vor einem bemerkenswerten Hintergrund statt. Zu Beginn eben dieser Woche kam das Signal aus Tiflis, das die Bereitschaft der Sowjetunion ankündigte, mit ihrem mächtigen Gegenspieler, den Vereinigten Staaten, in Verhandlungen über einen gleichzeitigen, ausgewogenen und gleichzeitigen Abbau von Rüstung und Truppenverminderung in Europa einzutreten. Am Tage zuvor verlief der Vorstoß des demokratischen Senators Mansfield, die Hälfte aller USA-Truppen aus Europa unabhängig von sowjetischen Gegenleistungen abzuziehen, ins Leere; er fand im Senat keine Mehrheit. USA-Präsident Nixon nahm, die Gunst der Stunde nützend, das sowjetische Angebot an und kam damit weitgehend einem innenpolitischen Bedürfnis entgegen.

Noch gewichtiger als die angestrebte Truppenreduzierung in Europa ist die amerikanisch-sowjetische Absichtserklärung, abgegeben von beiden Regierungen, ein Abkommen zu erreichen, das eine Beschränkung sowohl der defensiven als auch der offensiven atomaren Waffensysteme vorsieht. Die Wiener SALT-Gespräche, bald in Helsinki wiederaufgenommen, erhielten Auftrieb. Europa und die übrige Welt können davon nur gewinnen. Ein anhaltendes, unbegrenztes Wettüben beider Supermächte, das lehren die Erfahrungen der Vergangenheit, üben eine Sogwirkung auch auf die im Bannkreis dieser Mächte befindlichen Staaten aus; von einer vereinbarten freiwilligen Einschränkung der Rüstungssysteme und der Rüstungslast beider Weltmächte werden auch die übrigen Länder Nutzen ziehen.

Mit der Erweiterung der EWG von sechs auf sieben und zehn Staaten schafft sich das nichtkommunistische Europa ein solides Fundament. Was mit diesem Europa geschieht, wie es seinen Platz findet zwischen den Giganten, ist Sache der Europäer, niemand kann ihnen diese Aufgabe abnehmen. Die Geschichte hat sie ihnen übertragen. Dieses Europa wird in der Lage sein, seine großen Energien zum Wohle der eigenen Völker auf die Werke des Friedens zu konzentrieren. Das Ziel ist vorgegeben, nun gilt es, illusionslos und nüchtern und doch von großer Schwung beseelt, Schritt für Schritt es zu erreichen.

(ae/wr/25.5-1971/bgy)

+ + +

G L O S S E

Über die Un-Politik

Von Wolfgang Jansen

Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Aus einer Besuchergruppe wurde kürzlich an einen SPD-Abgeordneten die Frage gerichtet, warum sich die Regierung und die Koalition immer nur gegen CDU/CSU-Attacken verteidigten statt selbst anzugreifen. Die Regierung habe besseres zu tun: sie müsse regieren, war die Antwort. Aber ist die Frage nicht doch eine Überlegung wert?

Denkt man darüber nach, so macht man eine verblüffende Entdeckung - nicht die einzige in diesem Zusammenhang. Die Politik der CDU/CSU ist nämlich unangreifbar. Warum? Weil die CDU/CSU gar keine Politik hat, weil sie eine Un-Politik betreibt. Und was nicht da ist, kann auch nicht angegriffen werden.

Man denke an die letzte Wirtschaftsdebatte im Bundestag. Von früh bis spät haben sich die Koalitionsabgeordneten und Regierungsmitglieder abgemüht, herauszufinden, was denn die CDU/CSU für eine Wirtschaftspolitik betreiben würde. Umsonst! Zum Schluß kam Herr Strauß und meinte, das könne der Regierung so passen, von der Opposition zu hören, was sie tun würde. Damit würde sie ja die Opposition angreifen können, meinte Strauß....

Oder nehmen wir die Außenpolitik. Herr Dr. Barzel verkündet unentwegt, die gegenwärtige Politik dürfe nicht geschrieben werden. Aber hat er schon einmal gesagt, welche Außenpolitik er treiben würde? Er beklagt sich zu Recht über die unleidlichen Tatbestände in Deutschland. Aber hat er schon einmal gesagt, wie er sie ändern würde? Gelegentlich hört man aus der CDU/CSU, die Schuld liege in Ostberlin. Das wird nicht bestrit-

ten. Aber daraus wird dann der Schluß gezogen, mit solchen Leuten dürfe man gar nicht reden. Ob solche Un-Politik Herrn Honecker veranlassen würde, Mauer, Stacheldraht und Minenfelder - die damit gar nicht verniedlicht werden sollen - zu räumen?

Stellt man die Frage, wie es die CDU/CSU fertigbringt, auch ohne Politik im Gespräch zu bleiben, gelangt man zur zweiten verblüffenden Feststellung: Denn hoch ist hier Herr Heck zu preisen, dessen literarische Fruchtbarkeit bisher weit unterschätzt worden ist. Mindestens jeden zweiten Tag schreibt er einen Artikel. Und es ist pure Beckmesserei, etwa einzuwenden, die Kette seiner Artikel erinnere an eine tibetanische Gebetsmühle. Natürlich sagt er immer dasselbe, aber er sagt es stets mit anderen Worten - das ist das Kunststück! Außerdem hat seine Fähigkeit, jedes Gegenargument zu überhören und dreimal Dementiertes getrost auch noch ein viertes Mal zu behaupten, etwas Imposantes.

Aufgrund dieser Erkenntnisse sind wir nun auch in der Lage, ein weiteres Rätsel zu lösen, das derzeit vielen in Bonn Kopfzerbrechen bereitet, das Rätsel nämlich, wie es Dr. Gerhard Schröder möglich war, durch Schweigen, nichts als Schweigen, in die vorderste Reihe der CDU/CSU-Prominenz zu gelangen und sich als potentieller Kanzlerkandidat zu profilieren. Die Lösung ist einfach: Wo keine Politik ist, kann sie auch nicht zum Ausdruck gebracht werden und Schröders Schweigen ist mithin ein Ausdruck seiner Ehrlichkeit. Ehrlichkeit aber steigert das Vertrauen. So ist denn die CDU/CSU ein Phänomen: Eine politische Partei ohne eigene Politik, es sei denn der, dies möglichst wortreich - bzw. im Fall Schröder: durch bedeutendes Schweigen - zu verschleiern. (-/wr/25.5.1971/bgy)

+ + +

Umweltschutz auch für die Nordsee

Abwehr-Maßnahmen der Anrainerstaaten

Die Bundesregierung strebt eine Konferenz aller an die Nordsee grenzenden Staaten in diesem Jahr an. Es soll darüber beraten werden, auf welche Weise und nach welchen Normen zwischenstaatliche Übereinkünfte über die Reinhaltung der Nordsee getroffen werden können.

Die skandinavischen Regierungen bemühen sich um eine Übereinkunft, die Nordsee sauberzuerhalten. Strände und Fischgründe sollen nicht durch Industrieabfälle beeinträchtigt werden. Akuter Anlaß für die Aktivität dieser Staaten sind die Pläne eines englischen Müllvernichtungsunternehmens, jährlich 350.000 Tonnen Industrieschlamm in internationalen Gewässern vor der Themse-Mündung zu versenken.

Die Strömung in der Nordsee würde das verunreinigte Wasser in den Raum der Doggerbank mit ihrem Fischreichtum sowie an die Urlandsgebiete der Küsten von Holland, der Bundesrepublik, Dänemarks und Südnorwegens schwemmen. Gegen die Absicht der Müllversenkung haben bereits Norwegen und Dänemark protestiert und über diplomatische Kanäle in London Erkundigungen eingezogen.

In Großbritannien gibt es bereits Schutzbestimmungen des Landwirtschaftsministerium, welche die Vergiftung im Lande, aber wohl kaum die Verschmutzung der Nordsee verhindern können. Bei den 350.000 Tonnen Industrieschlamm, die aus britischen, holländischen und belgischen Industrierwerken stammen, handelt es sich um "neutralisierten Verbrennungsschlamm". Er soll nach chemischen Analysen angeblich keine Meeresvergiftung herbeiführen.

Nur unter diesen Voraussetzungen wird das Londoner Landwirtschaftsministerium die Müllvernichtung gestatten. Wenn industrielle Giftstoffe vernichtet werden, müssen sie in Metallbehälter gefüllt und außerhalb des Kontinentalsockels, also in über 200 Meter Tiefe, ins Meer geworfen werden. Hier stellt sich sofort die Frage, wann die Behälter durchrosten und die Giftstoffe frei werden. Es ist der gleiche Problemerkis, der sich bei den einzementierten und ins Meer geworfenen Giftgasgranaten des letzten Krieges stellt.

Inzwischen ist die Öffentlichkeit "umweltbewußter geworden". Die Regierungen von Dänemark und Norwegen unternahmen Protestschritte gegen die Absicht, den neutralisierten Verbrennungsschlamm ins Meer zu werfen. Bei der von der Bundesregierung gewünschten Konferenz der Nordseeanlieger geht es bei den komplizierten technischen Fragen darum, ob eine zwischenstaatliche Übereinkunft getroffen werden kann und ob die nationalen Behörden - oder eine internationale Wasserschutzpolizei - die Gewässer überwachen wird.

Dafür werden technische Normen zu setzen sein, was ins Meer geworfen werden kann und was von der Nordsee "verdaubar" ist. Diese Grenzen werden sicher sehr eng zu ziehen sein. Hinsichtlich der Giftstoffe, vornehmlich aus der chemischen Industrie, wäre es besser, sie in Stahlfässer einzubetonieren und in verlassenen Bergwerken zu versenken.

(cc/wr/25.5.1971/bgy)